

WASSER STAND PUNKT

1/25

Das Magazin zur blaugrünen Zukunft der Region



EGLV



IMPRESSUM

Redaktion

Anne-Kathrin Lappe (ViSdP),
Ilias Abawi, Tobias Appelt,
Anne Patricia Bender,
Meike Delang, Kerstin Fröhlich,
Friedhelm Pothoff, Andrea Rickers,
Svenja Wolf

Design & Layout

Verena Klos, Jana Ludwig-Brandt

Titelbild

Paul B. Drohan
Das Bild wurde mit Hilfe
Künstlicher Intelligenz erzeugt.

Druck

Druckerei Brochmann GmbH
Im Ahrfeld 8
45136 Essen

ΔBO

Unsere Zeitung
können Sie auch
digital abonnieren!
> eglv.de/magazin

Bitte tragen Sie dort
Ihre Kontaktdaten unter
dem Betreff „Wasserstand-
punkt“ ein. Sie können
das kostenlose Abo auf
dem gleichen Weg jeder-
zeit widerrufen.



EGLV

Emschergenossenschaft
Lippeverband

Kronprinzenstraße 24
45128 Essen
T 0201 104-0
info@eglv.de
www.eglv.de

Wir machen uns auf in eine blaugrüne Zukunft: Um die Emscher-Lippe-Region neu zu entwickeln, unsere Gewässer besser zu schützen, unsere Städte nachhaltig zu gestalten und sozial-ökologisch zu transformieren, braucht es Ideen für neue Infrastruktur-Lösungen und Mut für neue Wege. Ideen und konkrete Projekte zeigen wir im „Wasserstandpunkt“ auf – unserem Magazin für die Region. Gemeinsam schaffen wir Veränderung.



Inhalt



Editorial

/ 05

Wahl, Wasser, Wandel

/ 06

Kurssuche Bundestagswahl

/ 14

Wir müssen jetzt ganz schnell die Kurve kriegen

Interview mit Prof. Marcel
Fratzscher, Präsident
des Deutschen Instituts für
Wirtschaftsforschung

/ 18

KARL – pragma- tische Umsetzung für effizienten Gewässerschutz

Interview mit Dr. Lisa Broß,
Bundesgeschäftsführerin
der Deutschen Vereinigung
für Wasserwirtschaft

/ 20

Hochwasserschutz – Gemeinsame Übung bringt wichtige Erkennt- nisse

/ 28

Nassestes Wasser- wirtschaftsjahr im Emscher-Gebiet

/ 32

Wasser und Grün machen Städte zukunftsfähig

/ 38

News





*Liebe Leserin,
lieber Leser,*

Foto: Catrin Moritz



In wenigen Wochen werden ein neues Parlament und eine neue Bundesregierung gewählt. Ange- sichts der Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft stehen, bleibt zu hoffen, dass nach der Stimmenauszählung eine stabile Mehrheit für die Stärkung unserer Demokratie sowie zum Anpacken der dringend zu erledigenden Aufgaben steht. Die Klimakrise äußert sich immer häufiger mit dem Auftreten extremer Stark- regen- und Hochwassereignisse. Zugleich verschärft sich im politischen Diskurs die Tonlage mit einem be- sorgniserregenden Trend zur Polemi- sierung. Der kürzlich erfolgte Wieder- einzug Donald Trumps ins Weiße Haus sowie das immer hemmungs- losere Auftreten autoritärer National- Radikaler hierzulande lassen nur wenig Gutes erahnen.

Dabei wäre es dringender denn je not- wendig, die Show-Bühne zu verlassen und sich auf den Pfad einer respekt- vollen Debattenkultur und zu Inhalten zu begeben. Hinter uns liegen Jahre, in denen sich Umwelt- und Klima- themen zu prominenten Politikfeldern entwickelt haben. Was über Wochen und Monate schaffte, die Menschen in Massen zu bewegen und – nicht nur freitags – für einen verbesserten Klimaschutz zu demonstrieren, ist aktuell leider ins Gegenteil verkehrt. Aus meiner Sicht liegt das auch daran, dass die öffentliche Diskussion in den vergangenen Jahren zu stark von einem individualisierten Diskurs geprägt wurde. Mit Forderungen nach einem Verzicht auf Fleisch, Auto-

fahren und Flugreisen schafft man es kurzzeitig in die Schlagzeilen. Die Köpfe und Herzen der Bevölke- rung gewinnt man so jedoch nicht – denn die Bedenken der Betroffenen, die vielfach knapp mit ihrem zur Verfügung stehenden Geld haushal- ten müssen, werden kaum ernstge- nommen.

Ich bin davon überzeugt, dass es neue politische Ansätze braucht, um Umweltpolitik als Ganzes stärker gesellschaftlich zu verankern. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die einerseits Partizipation bei Umweltvorhaben anregt und andererseits dafür sorgt, dass sich nachhaltiges Handeln lohnt: Bürgerenergiegenossenschaften und Bürgersolarkraftwerke etwa sind nur zwei Beispiele dafür, wie es auch positiv laufen kann.

Umweltpolitische Belange müssen zudem dringend besser kommu- niert werden. Der Emscher-Umbau

hatte auch deswegen eine so große Akzeptanz in der Bevölkerung, weil es uns als Emschergenossen- schaft gelungen ist, die Vorteile und Mehrwerte des Vorhabens klar und offensiv zu kommunizieren. An diesen „Emscher-Spirit“ erinnerte beim Festakt zu unserem 125-jähri- gen Bestehen auch Bundeskanzler Olaf Scholz, als er sagte: „Am Ende haben sich an der Emscher nicht die Skeptiker, die Mutlosen und die Meckerer durchgesetzt, sondern diejenigen, die an eine bessere Zukunft, an einen blauen Himmel über der Ruhr und an eine saubere Emscher geglaubt haben.“

Auf viele Projekte in Deutschland, die ebenfalls diesen Emscher-Spirit haben mögen!

Ihr

Prof. Dr. Uli Paetzl

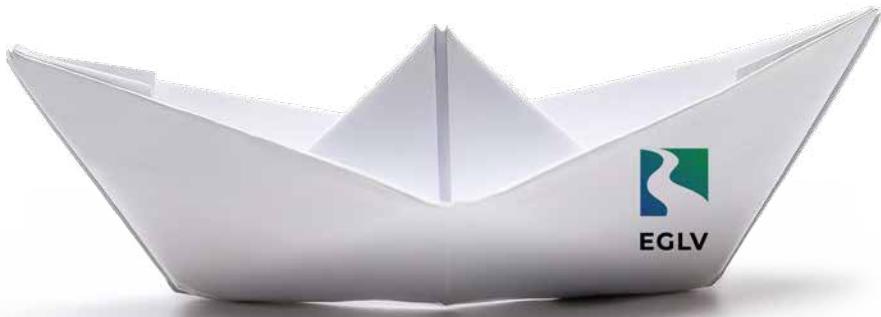
KURSSUCHE BUNDESTA



GSWAHL

Was jetzt fürs Wasser wichtig ist –
politischer Neuanfang und
wasserwirtschaftliche Heraus-
forderungen

Nach dem Zerbrechen der Ampel steht fest: Am 23. Februar wird die Bevölkerung an die Wahlurne gebeten, um über die künftige Zusammensetzung des Bundestages und damit über eine neue Regierung zu entscheiden. Auch Emschergenossenschaft und Lippeverband blicken als Deutschlands größter Wasserverband auf diese politische Kurssuche. Die Folgen des Klimawandels, steigende Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der Ausbau der wasserwirtschaftlichen Infrastrukturen sind ohne klaren politischen Kurs nicht zu meistern. Welche Themen die neue Regierung jetzt angehen muss:



/ 1 Nationale Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie

Die novellierte EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) setzt einen neuen Rahmen für die Abwasserwirtschaft in Deutschland: striktere Grenzwerte für Stickstoff und Phosphor, die Einführung einer vierten Reinigungsstufe zur Spurenstoffelimination und das Ziel der Klimaneutralität. Diese Anforderungen sind ein wichtiger Beitrag zum Gewässer- und Umweltschutz, stellen die Branche jedoch vor große technische, organisatorische und finanzielle Herausforderungen.

Was zu tun ist:

- Praktikable Umsetzung sicherstellen
Die Bundesregierung muss klare, technologieoffene Rahmenbedingungen schaffen, um Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Insbesondere die Einführung der 24-Stunden-Mischprobe als verbindlicher Überwachungsstandard ist notwendig, um europäische Vergleichbarkeit sicherzustellen und zusätzliche Bürokratie zu vermeiden.
- Herstellerverantwortung durchsetzen
Gewässerschädigende Stoffe aus Industrieprodukten wie Pharmazeutika und Kosmetika erfordern eine verursachergerechte Finanzierung. Ein gemeinschaftlicher Fonds, der von Herstellern und Betreibern gleichermaßen getragen wird, sollte Investitionen und Betriebskosten abdecken. Bereits erfolgte Investitionen in eine vierte Reinigungsstufe müssen rückwirkend berücksichtigt werden, um Planungssicherheit zu schaffen.

- Energienutralität der Abwasserwirtschaft ermöglichen
Der Ausbau der Abwasserbehandlung erhöht den Energiebedarf erheblich. Um die Klimaziele bis 2045 zu erreichen, sind steuerliche Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich, die die Nutzung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Abwasserwärme und Windkraft auf Kläranlagen fördern. Flexible Vorgaben sollten die bilanzielle Energienutralität ermöglichen, ohne die technischen Grenzen der Anlagen zu überschreiten.

Die nationale Umsetzung von KARL muss so gestaltet werden, dass sie sowohl ökologisch als auch ökonomisch tragfähig ist. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Industrie und Wasserwirtschaft ist dabei unverzichtbar.



↗ 20 Mrd. €

Laut der DWA wird in Deutschland in den nächsten 20 Jahren mit Investitionen von 20 bis 25 Mrd. € für KARL gerechnet.

(Quelle: Internetsseite der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.)

/ 2 Wasserinfrastruktur an den Klimawandel anpassen

Der Klimawandel bringt immer häufiger Starkregen, Überschwemmungen und langanhaltende Trockenperioden mit sich. EGLV fordern eine grundlegende Neuausrichtung der Wasserinfrastruktur, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Was zu tun ist:

- Förderung von Schwammstadt-Konzepten, um urbanen Wasserrückhalt und Überflutungsschutz zu verbessern.
- Ausbau von Hochwasserschutzmaßnahmen, unterstützt durch rechtssichere Regelungen im Bau- und Stadtplanungsrecht.
- Einführung eines verbindlichen Starkregenrisikomanagements auf nationaler Ebene.
- Verankerung eines naturnahen Landschaftswasserhaushalts in der Flächenplanung, um Bodenversiegelung zu verringern und Wasserspeicher zu schaffen.

280 Mrd. €
 bis
900

Eine aktuelle Studie schätzt die zukünftigen Kosten des Klimawandels in Deutschland bis 2050 auf 280 bis 900 Milliarden Euro, abhängig vom Fortschreiten des Klimawandels.

(Quelle: „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“ des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), der Prognos AG und der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung)

/ 3 Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Klimafolgenanpassung“ etablieren

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung erfordert. Um die notwendigen Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung – insbesondere im Bereich Wasserwirtschaft – zu sichern, schließen sich Emschergenossenschaft und Lippeverband der Forderung nach Einführung einer Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe an. Ziele der Gemeinschaftsaufgabe sind die Entlastung der Kommunen durch gesicherte Finanzierungsquellen für Klimaanpassungsmaßnahmen, die Sicherstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse durch einen fairen und gerechten Ausgleich zwischen strukturschwachen und finanziestarken Regionen und eine ausreichende Mittelausstattung für den Aufbau von langfristigen Umsetzungsstrukturen vor Ort, unabhängig von kurzfristigen Fördertöpfen.

Was zu tun ist:

- Aufnahme der „Klimafolgenanpassung“ als Gemeinschaftsaufgabe durch Änderung des Grundgesetzes, wie es beispielsweise beim Agrar- oder Küstenschutz schon geschehen ist.
- Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe durch einen festen Anteil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, um Klimaanpassungsmaßnahmen kontinuierlich zu fördern.
- Schwerpunkt auf Maßnahmen wie den Ausbau von Schwammstadt-Infrastrukturen, Hochwasserschutzprojekten und Wasserspeichern legen.



/ 4 Wasserwieder- verwendung und Ressourcenschutz fördern

Die Wiederverwendung von behandeltem Abwasser ist ein zentraler Baustein der Ressourcenschonung. Gleichzeitig muss der Schutz der Trinkwasserressourcen vor Verunreinigungen oberste Priorität haben.

Was zu tun ist:

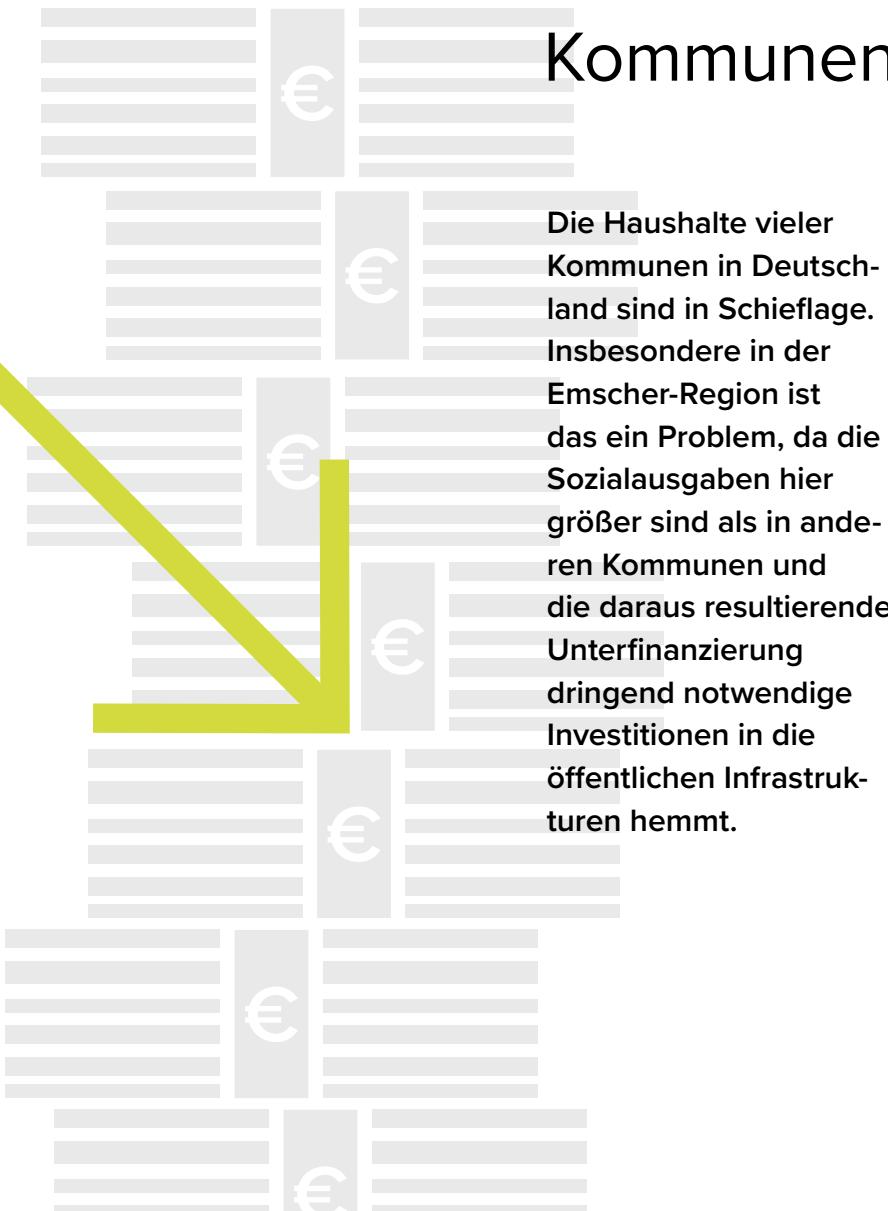
- Nationale Förderung von Pilotprojekten zur Abwasserwiederverwendung.
- Stärkere Regulierung von Stoffeinträgen aus Landwirtschaft und Industrie, um die Grundwasserqualität zu sichern.
- Ausbau von gezielten Maßnahmen zur Reduktion von Wasserverlusten und zur Optimierung der Wasserversorgung.

159 Mrd. €

Der Schuldensstand der Kommunen in Deutschland beträgt derzeit fast 159 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufiger Schuldensstand der Gemeinden und Gemeindeverbände am 30.06.24)

/ 5 Altschulden der Kommunen lösen



Was zu tun ist:

- Einführung eines bundesweiten Altschuldenfonds, der durch Bund und Länder getragen wird, um die kommunale Verschuldung nachhaltig zu reduzieren.
- Zusätzliche finanzielle Unterstützung für besonders betroffene Kommunen, um wichtige Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastrukturen zu ermöglichen.
- Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung der Kommunen, sodass neben Pflichtaufgaben auch Investitionen in freiwillige Leistungen wie Sportförderung und Kultur möglich bleiben.

/ 6 Entwicklungspartnerschaften und internationale Verantwortung stärken

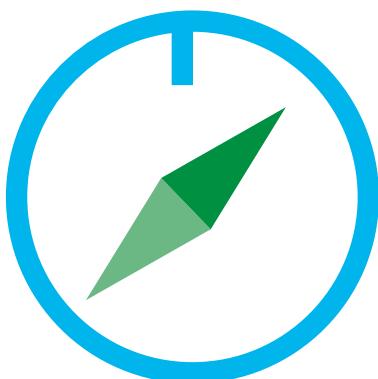
Kommunale Unternehmen leisten wichtige Beiträge in der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere in Bereichen wie der Abwasserwirtschaft. Die Unterstützung dieser Maßnahmen ist essenziell.

Emschergenossenschaft und Lippeverband engagieren sich zum Beispiel seit 2016 im Rahmen verschiedener Projekte beim Betrieb von Kanälen und Kläranlagen in Namibia. Im jüngsten Projekt „WaReNam“ (Start im Herbst 2024) arbeiten EGLV gemeinsam mit Partnern aus Deutschland und Namibia an der Umsetzung einer nationalen Wasserwiederverwendungsstrategie für das trockene südafrikanische Land.

Was zu tun ist:

- Finanzielle Absicherung der Kosten für Betreiberpartner-schaften durch den Bund.
- Berücksichtigung der Besonderheiten öffentlich-rechtlicher Organisationsformen bei Förderprogrammen.
- Stärkung des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen internationaler Partnerschaften.

N



Jetzt den richtigen Kurs für die kommenden Jahre setzen!

Die Wasserwirtschaft steht in den kommenden Jahren vor einer Vielzahl von Herausforderungen und Zukunftsinvestitionen. Aus Berlin braucht es in der kommenden Legislatur klare Signale, um die Umsetzungsgeschwindigkeit auch weiter hochzuhalten und offene Finanzierungsfragen zu klären. Nur so lassen sich zusätzliche Lasten fair verteilen.

Wir müssen jetzt ganz schnell die Kurve kriegen

Brücken, Straßen, Wasserwege ... wohin man auch schaut: Es bröckelt. Der Wirtschaftsexperte Prof. Marcel Fratzscher fordert daher eine massive Investitionsoffensive. Und um diese zu finanzieren, müsse man in Deutschland endlich akzeptieren, dass Schulden nicht zwangsläufig schlecht sind.

Herr Fratzscher, wohin man auch schaut: Investitionsstau an allen Ecken und Enden. Was passiert, wenn wir nicht endlich anfangen, Geld in die Hand zu nehmen?

Uns muss bewusst sein: Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen – wenn wir das komplett hätten vermeiden wollen, hätten wir schon vor 15 Jahren agieren müssen. Wir müssen jetzt ganz schnell die Kurve kriegen, sonst wird das Problem noch deutlich größer: Industrieunternehmen werden schrumpfen und Werke schließen, Menschen werden

entlassen, viele gut bezahlte Arbeitsplätze werden verloren gehen. In der Folge heißt das: weniger Wachstum, geringere Steuereinnahmen, weniger Geld für Bildung und andere wichtige Bereiche. Das ist ein Teufelskreis, der viele Regionen treffen wird – auch das Ruhrgebiet.

Und was muss nun passieren, um diesen zu durchbrechen?

Der Staat muss eine massive Investitionsoffensive starten, damit Deutschland zukunftsfähig werden kann. Wir haben ein riesiges Investitionsproblem – auf der öffentli-

186 Mrd. €

Der Investitionsstau auf kommunaler Ebene beträgt 186 Milliarden Euro – das sind viereinhalb Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Marcel Fratzscher

chen wie auf der privaten Seite. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Es müssen also von der Politik bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen geschaffen werden.

Und das in schwierigen Zeiten ...

Ja. Die 2010er-Jahre waren goldene Jahre. Wir haben ein starkes Wachstum erlebt, gute Exporte, hohe Profite und Lohnsteigerungen. Man hat aber damals eben auch verpasst, diese guten Jahre zu nutzen. Das Gegenteil ist geschehen: Die Defizite wurden immer größer. Auch in jener Zeit hatte der Staat weniger investiert als der Wertverfall. Da war man Opfer des eigenen Erfolgs, man hat die guten Jahre verschlafen. Jetzt müssen wir nicht nur Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu stabilisieren, jetzt müssen wir auch noch das Defizit ausgleichen – und das in der denkbar schwierigsten Situation.

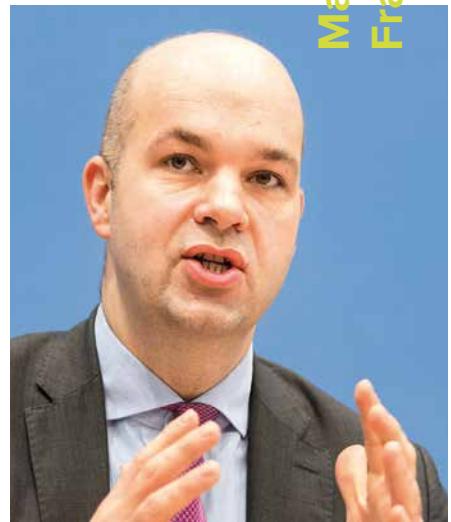
Die Stimmung in der Wirtschaft ist mies. Deutschland steht vor der Bundestagswahl, alles schaut nach Berlin. Welche Impulse braucht es

aus der Hauptstadt, damit es wieder aufwärts gehen kann?

Wie gesagt, zunächst brauchen wir ein massives Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Kommunen in Infrastruktur, in Bildung, in Innovation. Dann brauchen wir Steuersenkungen – also die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern, vor allem mit geringen Einkommen, und von Unternehmen, das wirkt sehr schnell.

Inwiefern sind denn bei der von Ihnen genannten Investitionsoffensive die Kommunen gefordert?

Sie spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die Hälfte aller öffentlichen Investitionen werden von Kommunen getätigt. Sie brauchen eine permanent bessere finanzielle Ausstattung. Der Föderalismus hat zwar viele Stärken, er hat aber eben auch dazu geführt, dass die Kommunen finanziell völlig unzureichend ausgestattet sind. Das aktuelle KfW-Kommunalpanel zeigt: Der Investitionsstau auf kommunaler Ebene beträgt 186 Milliarden Euro – das



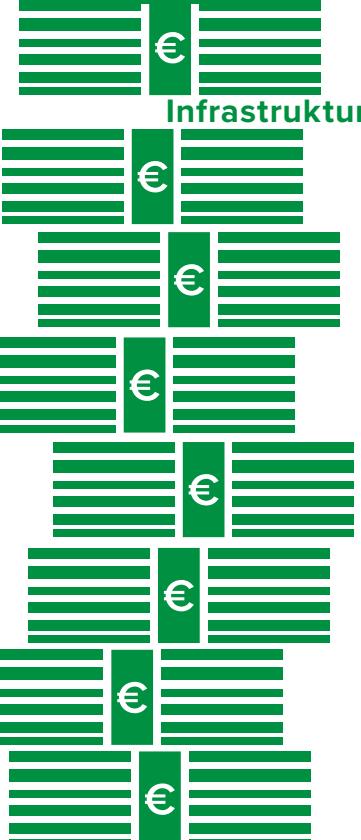
Zur Person

Marcel Fratzscher (54) ist seit 2013 der Präsident des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ in Berlin und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität. Zuvor war er für die Europäische Zentralbank tätig. Der Wissenschaftler, Autor und Kolumnist fokussiert sich inhaltlich auf Themen der Makroökonomie und Finanzmärkte, der Ungleichheit, der Globalisierung und Integration Europas.

„Es gibt auch gute Schulden!“

Sie sind auch finanziell klug für den Staat, weil diese Ausgaben zu mehr Wachstum, mehr Produktivität und mehr Steuereinnahmen führen – und damit langfristig zu weniger Schulden.





sind viereinhalb Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Viele Kommunen sind verschuldet. Sie können nicht mit dem Geld um sich werfen.

Wir brauchen Entschuldungsprogramme. Dazu gehört auch, dass der Staat – zumindest kurzfristig – erst einmal mehr Schulden macht.

Nun steht aber seit dem Jahr 2009 die Schuldenbremse im Grundgesetz.

Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse. Dass es sie überhaupt gibt, hat mit unserer Mentalität in Deutschland zu tun. Schulden, so die landläufige Meinung, sind immer schlecht. Allein schon das Wort „Schulden“ – es kommt von „Schuld“. Und wer steht schon gerne bei jemandem in der Schuld? Dabei gerät in Vergessenheit, dass es auch gute Schulden gibt.

Nämlich?

Gute Schulden sind die, die genutzt werden, um in die Menschen zu in-

vestieren – Geld, das für Bildung und für Ausbildung, für Qualifizierung und Fachkräfte ausgegeben wird. Das sind aber auch Investitionen in gute Infrastruktur, in Klima- und Umweltschutz, in Nachhaltigkeit. Solche Ausgaben sind nicht nur klug für Wohlstand, für Daseinsfürsorge und Wettbewerbsfähigkeit. Sie sind auch finanziell klug für den Staat, weil diese Ausgaben zu mehr Wachstum, mehr Produktivität und mehr Steuereinnahmen führen – und damit langfristig zu weniger Schulden.

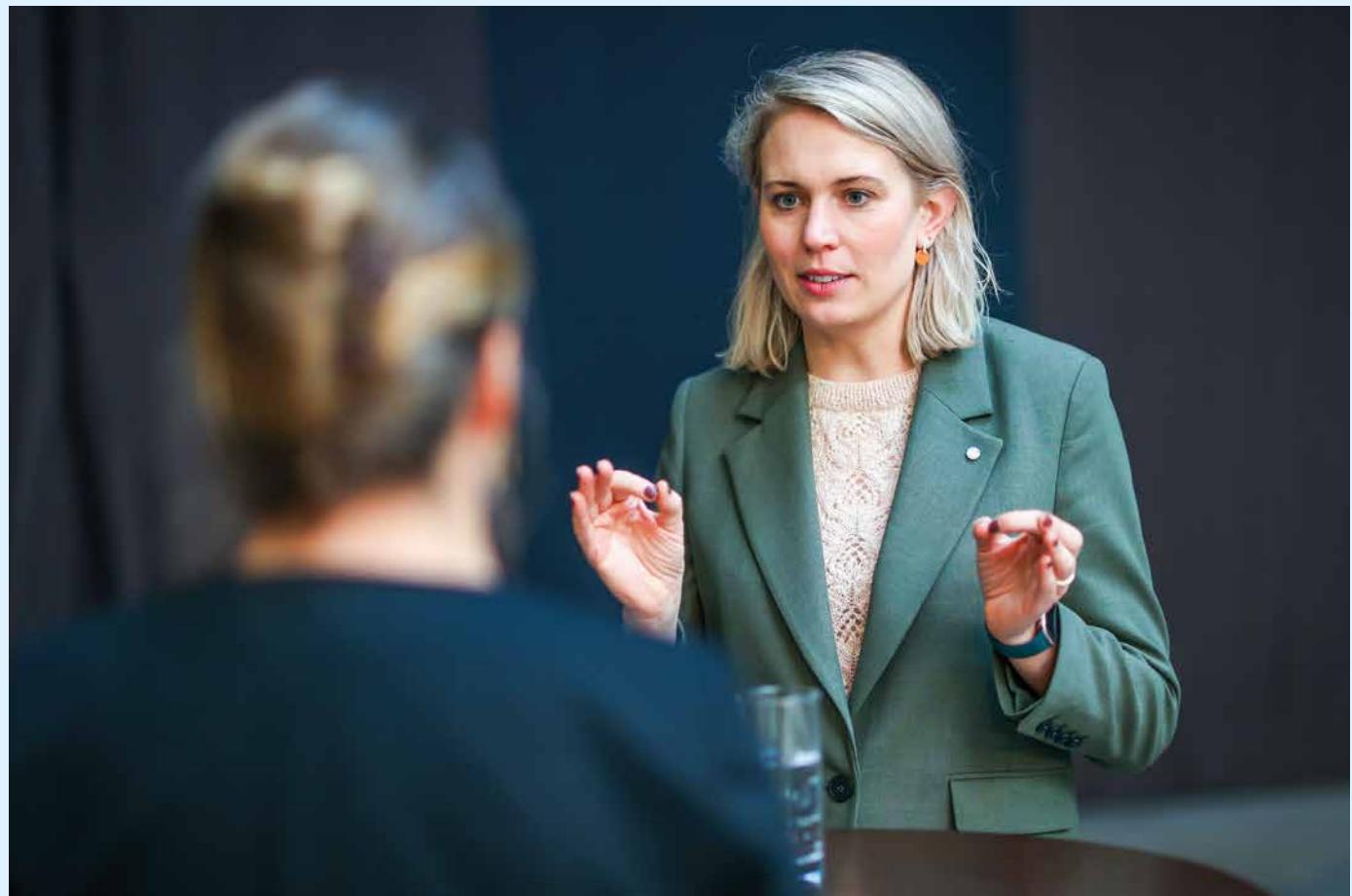
Also angenommen, es wäre reichlich Geld vorhanden für Investitionen. Wir bräuchten immer noch Menschen, die die angestoßenen Projekte umsetzen.

Ja. Der Fachkräftemangel ist ein Problem. Wir haben heute 1,7 Millionen offene Jobs. Das wird in den nächsten zehn Jahren um weitere fünf Millionen zunehmen. Die Frauenarbeitsfähigkeit ist ein Hebel, mit dem wir auf dieses Problem reagieren

können. Der zweite ist die bessere Integration von Geflüchteten, die hier sind und langfristig auch hierbleiben werden. Zudem müssen wir offener werden für Zuwanderung. Und wir brauchen mehr Offenheit für neue Technologien.

Dabei holt Deutschland inzwischen doch zumindest bei der Digitalisierung auf ...

... trotzdem sind viele Unternehmen, insbesondere mittelständische und kleine, im europäischen Vergleich extrem schlecht aufgestellt. Und das, obwohl es künftig noch wichtiger sein wird, Prozesse effizient zu gestalten und die Beschäftigten, die man hat, produktiv einzusetzen. Da liegt noch wahnsinnig viel Potenzial. /



KARL – **pragmatische Umsetzung für effizienten Gewässerschutz**

Dr. Lissa Broß, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), spricht im Interview darüber, was bei der Umsetzung der Kommunalabwasser-richtlinie wichtig ist.

Foto: Rupert Oberhäuser

Frau Dr. Broß, Anfang November hat die EU die novellierte Fassung der Kommunalabwasserrichtlinie final verabschiedet. Mit Sicherheit ein Meilenstein für den Gewässerschutz, aber auch eine gewaltige Herausforderung für die Branche. Was ist aus Sicht der DWA bei der jetzt anstehenden Umsetzung in nationales Recht besonders wichtig?

Klarheit bei Umsetzung und Finanzierung! Wir brauchen eine 1:1-Umsetzung ohne nationale Verschärfungen, konkrete Planungs-, Rechts- und Finanzierungssicherheit für die anstehenden Investitionen sowie die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen, um die geforderte Energieneutralität der Abwasserbehandlung effizient und kostengünstig für die Bürgerinnen und Bürger erreichen zu können.

Vorgaben 1:1 umsetzen /

Sie fordern eine 1:1-Umsetzung der neuen Vorgaben. Warum ist Ihnen dies so wichtig?

Deutschland muss dringend den nationalen Sonderweg bei der Überwachung der Einhaltung der Stickstoff- und Phosphorvorgaben im Kläranlagenablauf aufgeben. In allen EU-Mitgliedstaaten wird die europarechtlich vorgeschriebene Überwachung auf Grundlage von 24-Stunden-Mischproben und Jahresmittelwerten durchgeführt. Deutschland jedoch verfolgt einen

deutlich aufwändigeren Ansatz, der von den europäischen Vorgaben abweicht. Hier setzt man auf qualifizierte Stichproben oder eine 2-Stunden-Mischprobe. Diese Methode hat vor allem einen vollzugsunterstützenden Charakter, trägt jedoch nicht zum Gewässerschutz bei. Für den Gewässerschutz ist vielmehr die Nährstoffbelastung über einen längeren Zeitraum hinweg entscheidend, nicht einzelne Ablaufspitzen.

Planungs- sicherheit /

Eine nachvollziehbare Argumentation. Ihre zweite Forderung bezieht sich auf die Planungssicherheit.

Richtig, die Umsetzung der neuen Kommunalabwasserrichtlinie ist mit erheblichen Investitionen verbunden. Diese werden auf rund 20 bis 25 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahrzehnten geschätzt. Etwa die Hälfte davon wird auf die vierte Reinigungsstufe zum Abbau von Spurenstoffen aus dem Abwasser entfallen. Die Kosten hierfür sollen zu mindestens 80 Prozent von der Arzneimittel- und Kosmetikindustrie übernommen werden. Die Umsetzung dieser erweiterten Herstellerverantwortung wird aber garantiert nicht einfach werden. Wir als Branche können diese – für den Gewässerschutz sehr wichtigen Investitionen – nur angehen, wenn wir die angesprochene Planungs- und Rechtssicherheit für die Investitionen und auch für die Betriebskosten haben.

Rahmen- bedingungen schaffen /

Und dann haben Sie noch die Schaffung von Rahmenbedingungen für die geforderte Energieneutralität gefordert.

Kläranlagen waren einst die größten kommunalen Stromverbraucher. Die Branche hat bereits vieles getan und in Energieeffizienz und Eigenenergieerzeugung investiert. Die Energieneutralität von Kläranlagen ist aber oft nur durch zusätzliche erneuerbare Energiequellen wie Photovoltaik oder Windenergie erreichbar. Um diese einbinden zu können, muss der rechtliche Rahmen hier dringend angepasst werden. /

Zur Person

Dr. Lisa Broß ist die Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA). Nach ihrer Promotion zum Thema „Wasserversorgung in Notsituationen – Verfahren zur Beurteilung der Resilienz von Wasserversorgungssystemen unter Berücksichtigung der Ersatz- und Notwasserversorgung“ übernahm sie zunächst die Leitung des Bereichs Forschung und Entwicklung bei der Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz. Danach leitete sie die Gruppe Research & Business Development beim Kompetenzzentrum Wasser Berlin, bis sie im Oktober 2023 in die Geschäftsführung der DWA wechselte.

HOCHWASSER- SCHUTZ

GEMEINSAMES

„Den Klimawandel und den Regen können wir nicht abstellen, aber wir können uns alle zusammen bestmöglich darauf vorbereiten.“

ÜBEN FÜR DEN ERNSTFALL

Autorin: Meike Delang | **Fotos:** Hans Blossey, Bernhard Klug,
Rupert Oberhäuser, Diethelm Wulfert, Bernd Saborowski

Konzentriert, aber ruhig beginnt der Morgen in der Hochwasserzentrale von Emschergenossenschaft und Lippeverband in Essen. An mehreren Pegeln der Emscher ist seit dem Vorabend die Warnschwelle für den Hochwasser-Einsatz überschritten worden. Weitere Starkregen und Gewitter sind vorhergesagt, sodass die Hydrolog*innen bei EGLV ein Hochwasser mit einer Jährlichkeit von über 100 im Oberlauf und gar 200 im Unterlauf erwarten. Soweit „normal“ für die Hochwasser-Expert*innen des Wasserwirtschaftsverbandes. Doch je weiter der Tag voranschreitet, desto kritischer werden die Szenarien – in diesem Fall nur eine Übung, aber eine mit wichtigen Erkenntnissen.

Auszug aus dem Hochwasser-Protokoll

9:30 Uhr: Ein LKW ist in die Emscher gestürzt, dadurch entsteht ein Rückstau. 10:17 Uhr: Deichbruch an der A42, die Autobahn ist überflutet. An anderer Stelle droht die Überflutung eines Hafengeländes, durch einen Defekt in der Koksgasleitung einer Kokerei muss die dortige Kläranlage evakuiert werden. 10:49 Uhr: Vor einem Wohngebiet bricht der Emscher-Deich.

Stadt Bottrop
EGLV
Bezirksregierung Münster
Kreis Recklinghausen



An vier Orten – bei EGLV, der Bezirksregierung Münster, dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Bottrop – wurde gleichzeitig geübt.



Die EGLV-Hochwasserzentrale in Essen. Per Videokonferenz wurde sich mit den anderen Teilnehmenden ausgetauscht.



Krisenstab der Stadt Bottrop

**Üben für den Ernstfall
Auszüge aus dem Protokoll**

9:30 Uhr

**LKW in die
Emscher gestürzt**



10:17 Uhr

**Deichbruch
an der A42**

10:49 Uhr

**Deichbruch vor
einem Wohngebiet –
Evakuierung**

11:24 Uhr

**Großflächiger
Stromausfall**

12:01 Uhr

**Schiff auf Grund
im Rhein-Herne-
Kanal, Bruch des
Kanaldamms,
1,5 Millionen
Kubikmeter Wasser
fließen in die
Emscher**

13:38 Uhr

**HQextrem –
alle Deiche von
Castrop-Rauxel
bis kurz vor Bottrop
sind überflutet**

Prof. Torsten Frehmann ist Leiter des EGLV-Krisenstabes.

Über 7.600 Menschen müssen evakuiert werden. 11:24 Uhr: Großflächiger Stromausfall. 12:01 Uhr: Im Rhein-Herne-Kanal ist ein Schiff auf Grund gelaufen. Der Kanaldamm ist gebrochen und 1,5 Millionen Kubikmeter Wasser fließen in die Emscher. 13:38 Uhr: HQextrem – ein Hochwasser, das seltener als alle 1.000 Jahre auftritt – ist erreicht, alle Deiche von Castrop-Rauxel bis kurz vor Bottrop sind überflutet. 200.000 Menschen müssen evakuiert werden. 14:41 Uhr: Die Übung ist beendet.

Übung und neue Erkenntnisse

Dies ist nur ein sehr kleiner Auszug aus dem Protokoll der Übung, bei der sich die Schadens- und Katastrophenmeldungen im Minutentakt überschlugen. Ein unrealistisches Szenario? Mag sein, und doch lassen sich aus dieser ersten gemeinsamen Übung von EGLV mit der Bezirksregierung Münster, dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Bottrop wertvolle Lehren ziehen. „Das diesjährige Hochwasser in Süddeutschland oder auch die Ereignisse im spanischen Valencia zeigen deutlich: Der Klimawandel bringt neue Wetterextreme. Menschenleben hängen davon ab, dass alle Partner und betroffene Institutionen reibungslos miteinander zusammenarbeiten und gut kommunizieren“, erklärt Prof. Torsten Frehmann, Leiter des EGLV-Krisenstabs. Er begrüßt daher gemeinsame Übungen der Wasserwirtschaft mit den Kommunen und Behörden. Denn eines ist dem Experten sehr wichtig: „Das nächste größere Hochwasser wird auch in unserer Region kommen. Den Klimawandel und den Regen können wir nicht abstellen, aber wir können uns alle zusammen bestmöglich darauf vorbereiten.“

Was zu tun ist:

Vorkaufsrecht

Ein rechtlich abgesichertes Vorrecht für Wasserverbände beim Erwerb gewässernaher Flächen, um so neue Rückhalteräume für Hochwasser schaffen zu können.

Tritt der Ernstfall an Emscher oder Lippe ein, gibt es bei EGLV feste Mechanismen und Routinen, die jedes Jahr in einer internen Übung erprobt werden. Zur frühzeitigen Vorhersage von Hochwasser-Ereignissen haben die Fachleute das Wettergeschehen im Emscher-Lippe-Gebiet genauso im Blick wie die Entwicklung der Pegel – 24 Stunden am Tag, an 7 Tagen in der Woche. Nach dem Hochwasser an der Ahr wurde das Pegelnetz im Emscher-Lippe-Gebiet deutlich ausgeweitet. 120 Fachleute sind jederzeit in Rufbereitschaft, die sich um die wasserwirtschaftlichen Anlagen von EGLV kümmern. Und trotz aller Routinen und Vorbereitungen hat die Übung einmal mehr gezeigt, dass der Hochwasserschutz angesichts des sich verändernden Klimas stetig verbessert werden muss. „Eine konsequente Weiterentwicklung der Starkregen- und Hochwasser-Resilienz, nicht nur im Emscher-Gebiet, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen ist daher unabdingbar“, mahnt Frehmann. Ein zentraler Punkt der Forderungen der Wasserwirtschaft ist, dass den Wasserverbänden ein rechtlich abgesichertes Vorrecht beim Erwerb gewässernaher Flächen eingeräumt wird, um so neue Rückhalteräume für Hochwasser zu schaffen. Zudem müssen Flächen, die im Notfall geflutet werden können, wie landwirtschaftliche Äcker oder Waldflächen stärker in den Fokus rücken, um vulnerablere Gebiete wie kritische Infrastruktur, Wohnbebauungen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen zu schützen.

Notpolder

Flächen, die im Notfall geflutet werden können, wie landwirtschaftliche Äcker oder Waldflächen müssen stärker in den Fokus rücken, um vulnerable Gebiete wie kritische Infrastruktur, Wohnbebauungen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen zu schützen.

Steuerliche Anreize und Ausgleichszahlungen

Steuerliche Anreize und Ausgleichszahlungen über einen landesweiten Fonds könnten helfen, eine gemeinschaftliche Flächennutzung zu fördern und den Hochwasserschutz langfristig zu sichern.

„Um Interessenskonflikte zu lösen, etwa zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft, sind innovative Lösungen erforderlich“, sagt Frehmann. Steuerliche Anreize und Ausgleichszahlungen über einen landesweiten Fonds könnten helfen, eine gemeinschaftliche Flächennutzung zu fördern und den Hochwasserschutz langfristig zu sichern. Die Forderungen der Wasserwirtschaft sind klar: Nur mit einer besseren Integration von Hochwasserschutz, Raumplanung und Klimaanpassung kann die Region für die extremen Herausforderungen des Klimawandels gewappnet werden. /



**Eine bessere Integration von
Hochwasserschutz, Raumplanung
und Klimaanpassung ist
unerlässlich.**

Beim Weihnachts-Hochwasser an der Lippe zum Jahreswechsel 2023/24 waren auch wichtige Infrastrukturen vom Wasser bedroht.
Hier eine Brücke in Datteln-Ahsen ...



... oder die Kläranlage in Dorsten.

/ Ansprechperson:

Prof. Torsten Frehmann, Bereichsleiter Betrieb
Frehmann.Torsten@eglv.de



WahlbeeinFLUSSung

Zur Rettung unserer Demokratie sind wir auf den Katastrophenfall vorbereitet!



Nassestes Wasserwirtscha im Emscher-Ge

Wasserwirtschaftsjahr
2024

Rang

1

der nassesten
Wasserwirtschaftsjahre
seit 1931

Emscher-Gebiet

Rang

3

der nassesten
Wasserwirtschaftsjahre
seit 1931

Lippe-Gebiet

ftsjahr bietet

Zur Jahreswende 2023/2024 transportierte die Emscher nach erheblichem Dauerregen das Hochwasser ohne Probleme über die Mündung bei Dinslaken und Voerde in den ebenfalls stark Hochwasser führenden Rhein.

Autor: Ilias Abawi | Foto: Hans Blossey/EGLV

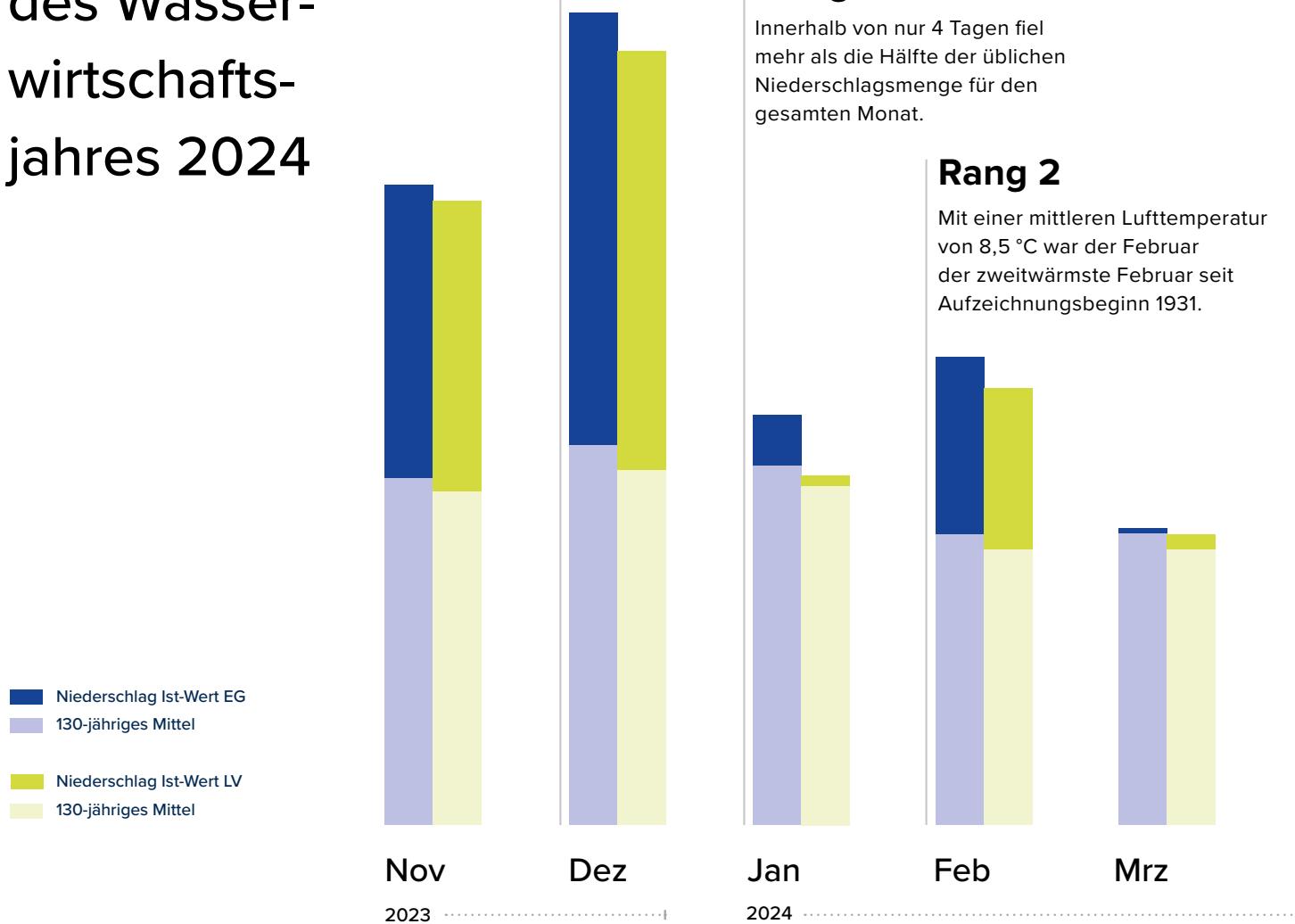
Nach 2023 fällt auch das Wasserwirtschaftsjahr 2024 (November 2023 bis Oktober 2024) im Vergleich zum langjährigen Mittel (Zeitraum 1891 bis 2020) erneut erheblich zu nass aus. Das ergeben die Auswertungen der Wasserwirtschaftsverbände Emschergenossenschaft und Lippeverband (EGLV).

Im Emscher-Gebiet fielen im Mittel 1075 mm Niederschlag und damit 55 mm mehr als im Vorjahr sowie 23 mm mehr als im bislang nassesten Wasserwirtschaftsjahr 1966. Im Lippe-Gebiet landet das Wasserwirtschaftsjahr 2024 mit 1017 mm auf Rang drei der nassesten Wasserwirtschaftsjahre seit 1931. Es fielen 24 mm mehr als im Vorjahr. Bereits im Juli wurde in beiden Verbandsgebieten die langjährige mittlere jährliche Niederschlagssumme von 799 mm (Emscher) beziehungsweise 765 mm (Lippe) erreicht.

Die hohen Niederschlagssummen sind insbesondere auf das außergewöhnlich niederschlagsreiche Winterhalbjahr (November 2023 bis April 2024) zurückzuführen, welches im Emscher-Gebiet ebenfalls das nasseste seit Auswertungsbeginn 1931 ist. Im Einzugsgebiet des Lippeverbandes liegt das Winterhalbjahr auf Rang zwei der nassesten Winterhalbjahre. Mit einer mittleren Summe von 587 mm im Emscher-Gebiet und 553 mm an der Lippe fielen im Winterhalbjahr in beiden Verbandsgebieten 57 Prozent mehr Niederschlag als im langjährigen Mittel. Alleine im November und Dezember 2023 kamen in Summe bereits 279 mm Niederschlag im Emscher-Gebiet und 269 mm im Lippeverbandsgebiet zusammen. Auch die Monate Februar und April waren jeweils mit einem Plus von etwa 30 mm gegenüber dem langjährigen Mittel in beiden Verbandsgebieten deutlich zu nass.

Das Wasserwirtschaftsjahr war in Summe nicht nur außergewöhnlich nass, sondern gegenüber dem Mittel von 1931 bis 2023 erneut deutlich zu mild. Mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von 12,4 Grad Celsius, erfasst an der Station Bochum-DMT, handelt es sich um das zweitwärmste Wasserwirtschaftsjahr seit 1931. Wärmer war bislang nur das Wasserwirtschaftsjahr 2007 mit einer mittleren Temperatur von 12,6 Grad Celsius.

Hydrometeorologische Daten des Wasserwirtschaftsjahres 2024

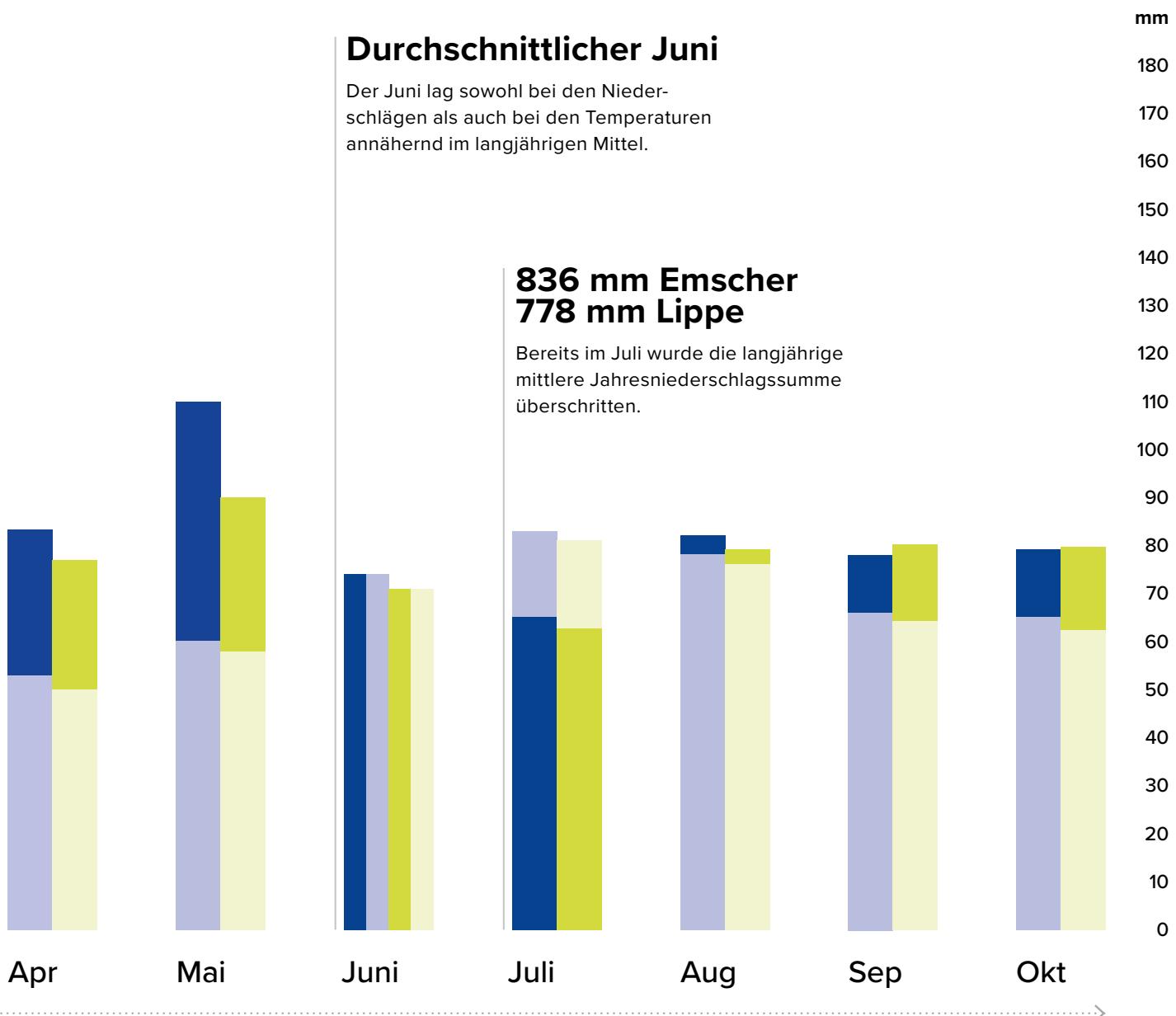


Nach 2023 fällt auch das Wasserwirtschaftsjahr 2024 erneut erheblich zu nass aus. Das ergeben die Auswertungen der Wasserwirtschaftsverbände Emschergenossenschaft (EG) und Lippeverband (LV).

Jahresdurchschnittstemperatur

12,4 °C

das **zweitwärmste**
Wasserwirtschaftsjahr
seit 1931



EG: Hydrologisches Winterhalbjahr 2024

Rang

1

der **nassesten**
Winterhalbjahre
seit 1931

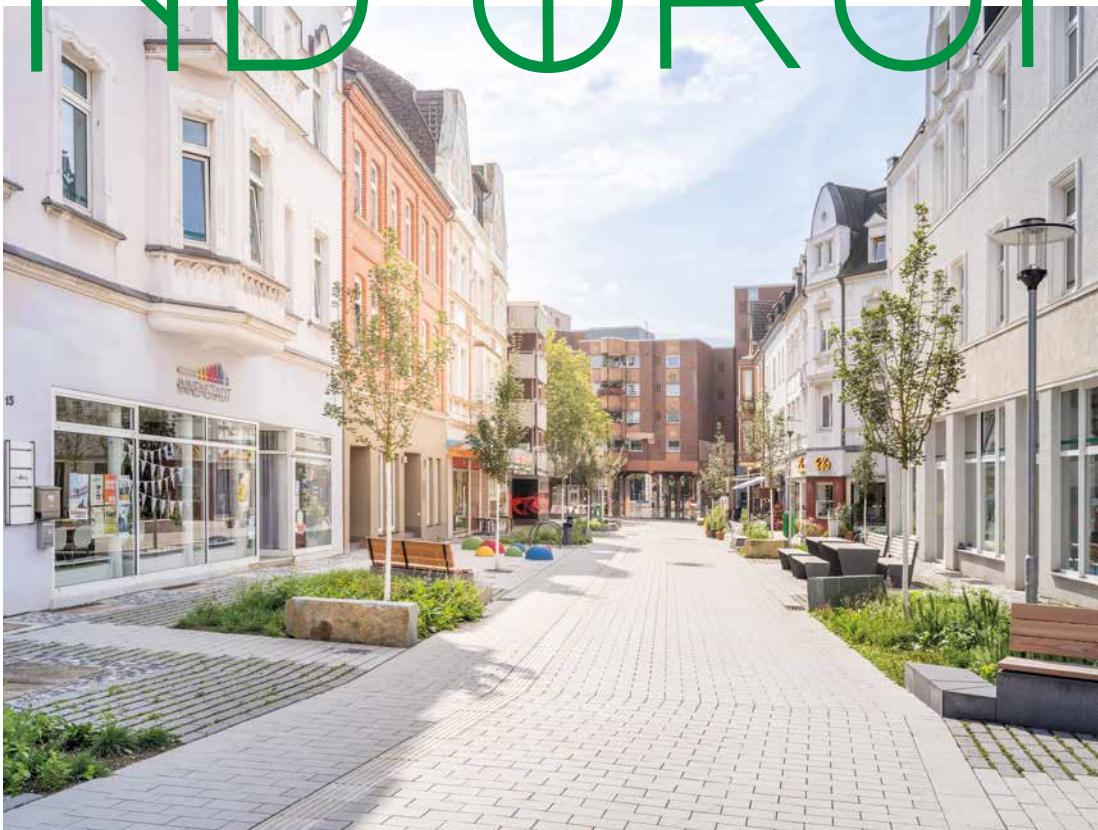
LV: Hydrologisches Winterhalbjahr 2024

Rang

2

der **nassesten**
Winterhalbjahre
seit 1931

WASSER UND GRÜN



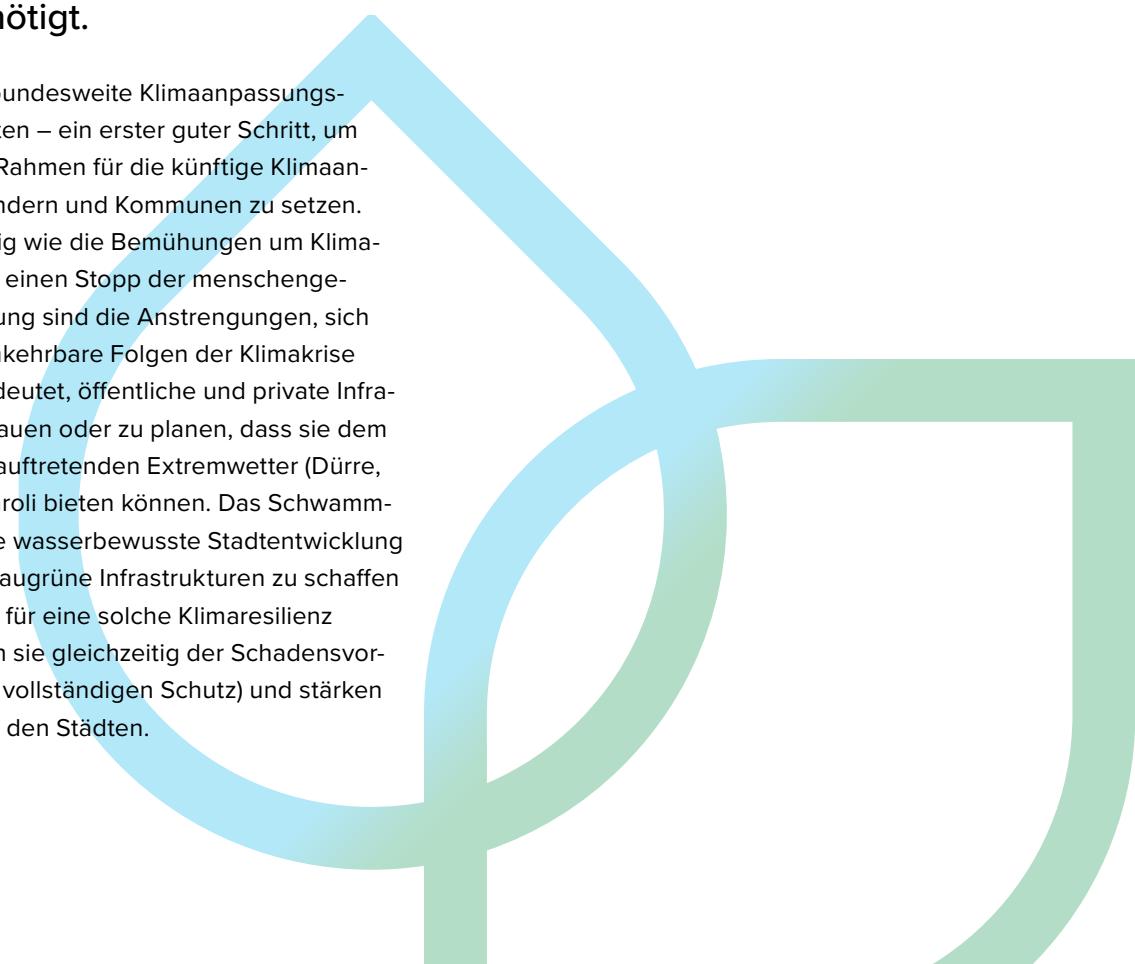
**Klimafolgenanpassung
braucht finanziellen und rechtlichen
Rückenwind aus Berlin**

machen Städte zukunftsfähig

Autorin: Andrea Rickers | **Fotos:** Zukunftsinitiative Klima.Werk/EGLV,
Rupert Oberhäuser, Kirsten Neumann

Für die Zukunftsinitiative Klima.Werk ist Regenwasser das zentrale Element, um Städte klimarobust und damit zukunftsähig umzugestalten. Eine Aufgabe, die mehr Unterstützung vom Bund benötigt.

Im Juli 2024 ist das bundesweite Klimaanpassungsgesetz in Kraft getreten – ein erster guter Schritt, um einen strategischen Rahmen für die künftige Klimaanpassung in Bund, Ländern und Kommunen zu setzen. Denn genauso wichtig wie die Bemühungen um Klimaschutz und damit um einen Stopp der menschengemachten Erderwärmung sind die Anstrengungen, sich an bereits jetzt unumkehrbare Folgen der Klimakrise anzupassen. Das bedeutet, öffentliche und private Infrastrukturen so umzubauen oder zu planen, dass sie dem schon jetzt häufiger auftretenden Extremwetter (Dürre, Hitze, Starkregen) Paroli bieten können. Das Schwammstadt-Prinzip oder die wasserbewusste Stadtentwicklung sind Konzepte, um blaugrüne Infrastrukturen zu schaffen und auszubauen, die für eine solche Klimaresilienz sorgen. Damit dienen sie gleichzeitig der Schadensvorsorge (bieten keinen vollständigen Schutz) und stärken die Lebensqualität in den Städten.





Abkopplung Dachflächen



Offene Rinnen für Regenwasser-Ableitung

Beispiele für Maßnahmen in Wohnquartieren

Emschergenossenschaft und Lippeverband sind Partner der Kommunen in der Zukunftsinitiative Klima.Werk, die sich seit mehr als zehn Jahren für den Umbau zur Schwamm-Region einsetzt und dafür, Wasserwirtschaft und Stadtplanung zu verbinden. Über 500 Projekte konnten bereits gemeinsam umgesetzt werden. Die Akteur*innen in dem Netzwerk wissen deshalb um die Hürden, bei der Klimaanpassung vom Reden zum Handeln zu kommen. Geld und Ressourcen sind dabei ein zentraler Dreh- und Angelpunkt, denn Schwammstadt-Umbau im Bestand ist teuer und braucht Planungskapazitäten in den Rathäusern. Deshalb kann die Forderung an eine künftige Bundesregierung nur lauten, „eine flächendeckende, langfristige und auskömmliche Finanzierung für Maßnahmen zur Klimaanpassung sicherzustellen“, erklärt Prof. Dr. Uli Paetzel, Vorstandsvorsitzender von EGLV. „Wir benötigen eine entsprechende Mittelbereitstellung aus der CO₂-Bepreisung, die bislang nur für den Klimaschutz, nicht aber für Klimaanpassung erfolgt.“

REGENWASSER

Beispiele für Maßnahmen im öffentlichen Raum



Baumpflanzungen und städtische Wasserflächen



Klimagerechter Parkplatz



Fassadenbegrünung

ist ein zentrales Element, um Städte klimarobust und damit zukunftsfähig umzugestalten.



Mulden-Rigolen-Versickerung**Dachbegrünung**



Förderung – wie auch die aus dem NRW-Programm „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“, das unter dem Dach des Klima.Werk umgesetzt wird – ist wichtig, setzt Anreize und hilft, ist aber zeitlich befristet und bindet Personal für die Beantragung, das besser für die bauliche Umsetzung eingesetzt werden könnte. Viele Sachverständige, auch aus der Wasserwirtschaft, sprechen sich dafür aus, Klimaanpassung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ins Grundgesetz aufzunehmen. So kann eine direkte Finanzierung von kommunalen Aufgaben in dem Bereich durch Bund und Länder gewährleistet werden.

Klimafolgenanpassung stärker in Fachgesetzen wie Wasserrecht, Baurecht oder Naturschutzrecht zu verankern, fordert zum Beispiel auch die „Allianz wasserbewusste Stadtentwicklung“, in der sich auch das Klima.Werk engagiert. „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagt Andreas Giga, Leiter der Serviceorganisation der Zukunftsinitiative Klima.Werk bei EGLV. „Um noch besser ins Handeln zu kommen, brauchen wir eine rechtliche Stärkung auf Bundesebene“, so Andreas Giga weiter. Im Positionspapier der Allianz heißt es dazu unter anderem: „Eine wasserbewusste Stadtentwicklung bedarf einer umsetzungsorientierten Verankerung in der Bundesgesetzgebung: Dies betrifft das Wasserhaushaltsgesetz insbesondere für eine weitere Ausrichtung auf eine dezentrale Niederschlagsbewirtschaftung, das Bodenschutzgesetz für die Wasserspeicherung im Boden sowie das Baugesetzbuch für einen klimagerechten Stadtumbau, die Integration grüner und blauer Infrastruktur sowie entsprechender Qualitätsanforderungen für eine naturnahe Wasserbilanz“. Diese trägt dazu bei, Städte zukunftssicher und lebenswert zu erhalten. /

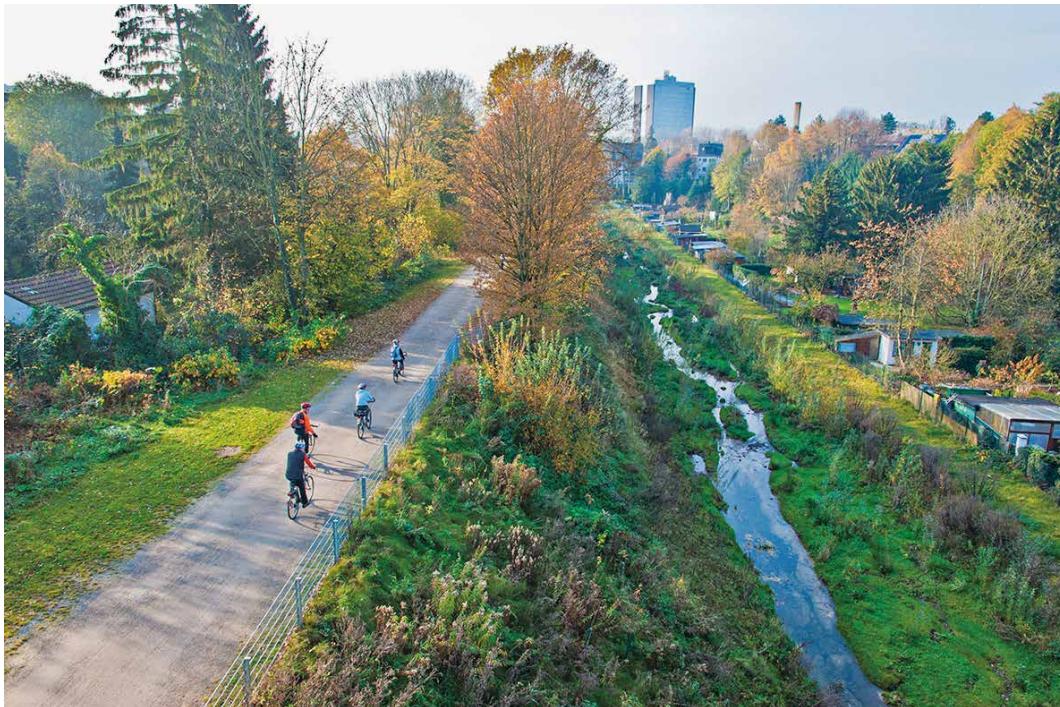
Was zu tun ist:

**langfristige,
auskömmliche
Finanzierung aus
CO₂-Bepreisung**

**Klimaanpassung
als gesamtgesell-
schaftliche Aufgabe
definieren**

**Klimaanpassung
in Fachgesetzen
verankern**

/ Ansprechperson:
Andreas Giga, Leiter der
Zukunftsinitiative Klima.Werk
giga.andreas@eglv.de



Diskussionsveranstaltung: Die (Neu-)Erfindung des Ruhrgebiets – Wo stehen wir vor den Wahlen?

Autor: Alexander Knickmeier | **Foto:** Diethelm Wulfert

Kurz vor der Bundestagswahl und vor der Kommunalwahl im Herbst laden Emschergenossenschaft und Lippeverband zu einem politischen Symposium über die Zukunftsfragen unserer Region ein. Wie sind wir als Region bis 2030 aufgestellt? Wo liegen strukturelle Mängel und wo haben wir besondere Chancen, endlich zu den boomenden Regionen im Land aufzuschließen? Das möchten die Wasserwirtschaftsverbände gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wissenschaft und Regionalpolitik am 20. Februar in der Alten Lohnhalle in Bochum-Wattenscheid diskutieren.

Dafür lohnt sich zunächst ein Blick in die Vergangenheit: Die Geschichte des Ruhrgebiets ist vermeintlich allgemein bekannt. Eine Geschichte von Kohle und Stahl, dem Wert von Fleiß und harter Arbeit und der allseits gegenwärtigen Daueraufgabe des Strukturwandels. Die kürzlich veröffentlichte Publikation „Die Macht der Entwässerung“ von Dr. Lutz Budrass und Prof. Dr. Eva-Maria Roelevink zeichnet jedoch ein anderes, kritisches Bild von der Entstehung der Region als „Kolonialisierung“

des proletarischen Emscher-Gebiets durch die bürgerlich-preußische Hellweg-Zone, bei der die Gründung der Emschergenossenschaft und die Nutzung der Emscher als Abwasserkanal eine entscheidende Rolle spielte. Diese Zweiteilung der Region wirkt bis heute nach und so sind insbesondere die Städte im nördlichen Ruhrgebiet diejenigen mit den größten Strukturproblemen und Investitionsbedarf.

Mit Vorträgen von Prof. Dr. Eva-Maria Roelevink (TU Freiberg), Dr. Lutz Budrass, Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler (beide Ruhr-Universität Bochum) und Diskussionsbeiträgen von Dr. Frank Dudda (Oberbürgermeister der Stadt Herne und Ratsvorsitzender der Emschergenossenschaft), Garrelt Duin (Regionaldirektor des Regionalverbandes Ruhr), Oliver Wittke (Vorstandssprecher VRR), Bärbel Bergerhoff-Wodopia (RAG-Stiftung), Prof. Dr. Uli Paetz (Vorstandsvorsitzender EGLV).

Interessierte können sich über den QR-Code bis zum 14. Februar anmelden.
Die Veranstaltung ist kostenfrei. /



Neue Vorständin seit 1. Januar 2025

Aufsichtsräte wählen Liana Weismüller zum Vorstandsmitglied für Personal und Nachhaltigkeit

In zwei Sonder-Ratssitzungen haben EG- und LV-Ratsmitglieder die Juristin Liana Weismüller im Juni 2024 zum neuen Vorstandsmitglied für Personal und Nachhaltigkeit gewählt. Seit dem 1. Januar 2025 bildet sie gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Uli Paetzel, und Dr. Frank Obenau, Vorstandsmitglied für Wassermanagement und Technik, die dreiköpfige Spitzes von EGLV.

Liana Weismüller, 1976 geboren, studierte von 1997 bis 2002 Rechtswissenschaften (1. Juristisches Staatsexamen) an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. 2004 folgte am Oberlandesgericht Frankfurt das 2. Juristische Staatsexamen mit dem Schwerpunkt

Arbeitsrecht. 2008 verlieh ihr die Rechtsanwaltskammer Frankfurt den Titel „Fachanwältin für Arbeitsrecht“. Nach Tätigkeiten als Anwältin war Liana Weismüller seit 2013 in leitenden Positionen bei der Condor Flugdienst GmbH beschäftigt, zuletzt seit 2019 als Personaldirektorin.

Die beiden Ratsvorsitzenden Dr. Frank Dudda (Emschergenossenschaft) und Bodo Klimpel (Lippeverband) gaben bei der öffentlichen Verkündung der Wahl im Juni ein gemeinsames Statement ab: „Frau Weismüller verfügt über beeindruckende Führungserfahrungen

in einem großen Unternehmen und bringt all die Kompetenzen mit, die es braucht, um vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels den personellen und demografischen Herausforderungen unserer beiden Verbände in den kommenden Jahren zu begegnen. Wir freuen uns bereits auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der neuen Vorständin.“ /



Liana Weismüller mit Dr. Frank Obenau und Prof. Dr. Uli Paetzel (re.)



EGLV



Noch bis zum
14. Februar können
Sie sich über den
QR-Code anmelden.
Die Veranstaltung
ist kostenfrei.

Wagen Sie mit uns den Sprung in die Zukunft! —

Einladung zur Diskussionsveranstaltung
am 20. Februar

„Die (Neu-)Erfindung des Ruhrgebiets –
Wo stehen wir vor den Wahlen?“